

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (frei Haus) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,50 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachpost: Dresden Nr. 18690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-N. Osterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,38 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 5. Dezember 1928 Nummer 283

Neue Zollerhöhungen beschlossen!

Der Reichstag lehnt alle Anträge gegen die Gefrierfleisch-Drosselung ab / Die SPD-Minister enthalten sich der Stimme / Das Ruhrproletariat antwortet auf den reformistischen Dolchstoß / Der Werftarbeiterkampf geht weiter

Die Gefrierfleischdrosselung bleibt bestehen!

Berlin, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Im getrigen Reichstag wurden sämtliche Anträge auf Erhöhung des Gefrierfleischkontingents abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde der kommunistische Antrag auf Erhöhung der Einfuhr von vollreifem Gefrierfleisch auf 150 000 Tonnen mit 186 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die 213 Stimmen der bürgerlichen Einheitsfront von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt. Die sozialdemokratischen Minister enthielten sich der Stimme, was für die wahre Haltung der Sozialdemokratischen Partei charakteristisch ist. Nach der sozialdemokratischen Antrag, das Kontingent auf 126 000 Tonnen zu erhöhen, verfiel der Ablehnung durch sämtliche bürgerliche Fraktionen. Die Demokraten und das Zentrum stimmten damit gegen den Antrag des Reichstages.

In der Dienstagssitzung des Reichstages wurde die Agrardebate fortgesetzt. Ein ganzer Band Anträge der Parteien liegt vor, nicht weniger als 183. Aber das Interesse an den Beratungen ist keineswegs gestiegen. Die Stimmung im Haus wird am besten gekennzeichnet durch einen Antrag des Wirtschaftsparteilers Drewnig, der eine Vertagung vorschlägt, weil nur einige Abgeordnete der Debatte überhaupt folgen. Ein persönliches Mißgeheim des Herrn Drewnig allerdings, daß dem Sprecher seiner Fraktion im ganzen nur zwei Angehörige der Wirtschaftspartei zuhörten.

Wie erst den Vertretern der bürgerlichen Parteien ihre Anträge selbst sind, charakterisierte der Landwirtschaftsminister, indem er feststellte, daß mit den meisten der Anträge nichts anzufangen sei und daß die Parteien in den Ausschüssen wohl selbst nicht zu ihnen stehen würden. Das bezog der demokratische Minister sogar auf die vorliegenden demokratischen Anträge. Und so verlogen die meisten Anträge sind, so beachtlich waren auch die zahlreichen Reden derer, die im häuerlichen Gewande auftraten.

Im übrigen lag die Grundtendenz der heutigen Reden bereits gestern fest, nachdem die Vertreter der Junker und auch der Landwirtschaftsminister gesprochen hatten. Alle Bürgerlichen forderten Herabsetzung der Zölle, und auch der sozialdemokratische Schmidt, Köpenick, erklärte, daß seine Fraktion der Zollerhöhung für Zucker zustimmen werde. In diese Erklärung knüpfte er allerdings die scheinheilige Bedingung, „nur wenn dadurch der Verkaufspreis nicht erhöht wird“. Ueber die Not der Landarbeiter sprach kein bürgerlicher Vertreter. Auch der Sozialdemokrat war in wenigen Sätzen mit diesem wichtigsten Kapitel der Debatte fertig. Doch weder ein Sozialdemokrat noch irgendein Bürgerlicher hielten es für nötig, mit einem Wort auf die Notwendigkeit der Erhöhung des Gefrierfleischkontingents einzugehen. Man weiß ja auch, daß die Bürgerlichen die Fleischration der Proleten noch mehr verringern

mögen. Aber daß auch die Sozialdemokraten nicht mit einem Wort auf die Bedeutung der Gefrierfleischdrosselung für die Weltläufigen eingegangen sind, kennzeichnet den Ernst ihres eigenen Antrages. Darum konnte der Landwirtschaftsminister auch ohne Widerspruch der Sozialdemokraten erklären, daß er gegen die Erhöhung der Gefrierfleischdrosselung ist und daß die Reichsregierung empfehle, den kommunistischen und sozialdemokratischen Antrag abzulehnen.

Erhöhung der Zölle für die wichtigsten Lebensmittel, Verhinderung der Gefrierfleischdrosselung — so heißt also die neue Schandtat der Koalitionsregierung. Besser konnte auch die Bürgerblockregierung nicht die Interessen der Junker vertreten.

Genosse Dietrich

schloß als Vertreter der kommunistischen Fraktion in kurzen, eindringlichen Worten die Schandtat dieser Regierung zusammen. Seine Worte dürften nicht ungehört bleiben bei allen Proletariern in Stadt und Land. Wir werden die Rede in der Donnerstagsnummer veröffentlichen.

Der Dolchstoß der Reformisten

Von Fritz Hedert

Wie die englischen Arbeiter den 15. April 1921 als Schwarzen Freitag in der Geschichte ihrer Arbeiterbewegung bezeichnen, den Tag, an dem die reformistischen Führer des Generalrats, unter Vorantritt von J. S. Thomas, die kreisenden Bergarbeiter den Kohlenkönigen ausliefern, „um dem König von England die Krone zu retten“, so werden die deutschen Arbeiter den 2. Dezember 1928 als einen Schwarzen Sonntag bezeichnen. An diesem Tage wurde im Interesse der Erhaltung der sozialdemokratischen Koalition in der deutschen Republik unter dem Druck des ADGB und auf Veranlassung von Hermann Müller, dem sozialdemokratischen Reichskanzler, in der Sitzung der Lohnkommission der ausgesperrten Hüttenarbeiter in Essen mit 26 gegen 14 Stimmen beschlossen, die Arbeiter zu den alten Klavenbedingungen in die Hütten zurückzuführen und das Schicksal der Hüttenarbeiter vertrauensvoll in

die Hände Sewerings zu legen. In die Hände jenes Sewering, der 1921 einen Pakt mit dem General Walter abschloß, das „Vielefelder Abkommen“, von dem nicht ein einziger Punkt zugunsten der Arbeiter durchgeführt wurde, dessen Wertungen aber waren der Tod für Hunderte von Arbeitern und für Tausende das Gefängnis.

Mit tiefer Empörung haben die seit fünf Wochen ausgesperrten Hüttenarbeiter diesen Schandpakt der reformistischen Führer aufgenommen. Sie haben von ihnen schon nichts Gutes erwartet, aber daß sich die Bureaucratie zu einer solchen Niedertracht fähig fühlte, die Arbeiter bedingungslos an die Hüttenkapitalisten auszuliefern, das haben die Hüttenarbeiter nicht erwartet. Diese Schandtat an den deutschen Hüttenarbeitern läßt sich nur vergleichen mit jenem Streich, den der ADGB ebenfalls unter einer sozialdemokratischen Koalitionsregierung im Februar 1922 ausübte, um den Eisenbahnerstreik durch einen organisierten Streikbruch abzuwürgen. Die Folgen des damaligen Verrats der ADGB-Bonzen an den Interessen der deutschen Arbeiterklasse waren die schmerzlichen. Von diesem Verrate datiert der Beginn des Raubes des Arbeiterstandes, die Offensive der Unternehmer zur Herabdrückung der Arbeitslöhne und zur Verminderung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben. Die Folgen des Verrats vom 2. Dezember können noch schwerwiegender sein. Sie werden es sein, wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht in gemeinsamer Front sofort zu diesem Verbrechen Stellung nimmt, den sozialdemokratischen Unternehmerratsen und den reformistischen Gewerkschaftsverbänden in den Arm fällt. Nur die Arbeiterklasse allein ist imstande, die schlimmsten Folgen des 2. Dezember von sich abzuhalten. Sewering wird bestimmt die Hüttenarbeiter zu den schlimmsten Bedingungen an die Hüttenkapitalisten ausliefern, und sein Betrug an den Hüttenarbeitern wird zu einem Betrug an den Arbeitern aller Industriezweige werden.

Der große Kampf der 213 000 Hüttenarbeiter soll auf eine ebenso heimtückische Weise beendet werden, wie er begonnen wurde. Die reformistische Bureaucratie hat die Hüttenarbeiter schon mehrere Male an die Industriellen ausgeliefert, und schon mehrere Male haben die koalitionsfähigen Instanzen, Schlichter, Arbeitsminister, Regierung und Reichstag, hilfreich bei diesem Wandel der Hand aus dem Werk geleigt. Als man den Hüttenarbeitern 1924 durch den sozialdemokratischen Schlichter Mehlisch den Zwölftundentag und solche Hungerlöhne aufzwang, daß die Arbeitergruppe, die die schwerste Arbeit leisten muß, zu den schlechtesten Arbeitsbedingungen zu arbeiten gezwungen war, erklärte die Regierung, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbureaucratie feierlich, daß die Hüttenarbeiter dieses Opfer für die deutsche Wirtschaft, das heißt diese Galeerenarbeit für den Profit der Schwerindustriellen nur auf kurze Zeit bringen sollten. Jetzt sind volle sieben Jahre vergangen, und immer noch opfern die Hüttenarbeiter ihr Leben und ihre Freiheit für dieselben unsäglichsten Arbeitsbedingungen.

Jahr für Jahr versprach man ihnen, der nächste Tarifabschluß solle die alten Bedingungen vor 1924 wieder herstellen. So war es auch vor dieser Bewegung. Unter dem Druck der Hüttenarbeiter kündigten die reformistischen Führer den Lohnvertrag, stellten sie die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pf., kündigten sie an, daß sie auch für den Zwölftundentag und die dreigeteilte Schicht kämpfen würden. Kategorisch erklärten die Unternehmer, keinen Pfennig Lohn-erhöhung und Beibehaltung der alten Arbeitszeit. Wiffell, der sozialdemokratische Arbeitsminister, erklärte einen Schieds-vertrag für verbindlich, der ein grauamer Lohn auf die Forderungen der Hüttenarbeiter war. Statt fünf Pfennig sollten die Hüttenarbeiter zwei Pfennig pro Stunde erhalten.

Im den Frieden in der Industrie zu erhalten, um ihre Koalition mit den Schichtbaronen und Bankhändlern nicht zu gefährden, erklärten sich die reformistischen

Die Antwort des Ruhrproletariats

Ein Aufruf der Kampfleitung

Essen, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die zentrale Kampfleitung erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Kollegen! Genossen! Was die revolutionäre Opposition, was wir auch als eure gewählten Kampfleitungen zu Beginn und während des ganzen Verlaufs der Bewegung sagten, ist eingetroffen. Die reformistischen und christlichen Führer der Metallarbeiterverbände haben vor den Unternehmern und der Koalitionsregierung hundertprozentig kapituliert. Sie haben nicht nur die Forderungen der Metallarbeiter auf 15 Pf. Lohn-erhöhung, Zwölftundentag und dreigeteilte Schicht bei vollem Lohnausgleich aufgegeben, sie haben auch auf die Durchführung des vollständig ungenügenden Schiedspruchs verzichtet und alles in die Hände des sozialdemokratischen Polizeiministers gelegt, dem die Unternehmer von vornherein das feste Vertrauen entgegenbrachten und dessen vorher mit ihm vereinbarten Spruch anzunehmen sie sich bereit erklärten. Die Führer des ADGB und des christlichen Metallarbeiterverbandes gingen diesen Weg, weil sie nicht in der Front der Arbeitermassen als deren ehrliche Führer stehen, sondern weil sie die Agenten der herrschenden kapitalistischen Klasse in den Reihen der Arbeiterklasse sind, denn sie suchen auf dem Boden des kapitalistischen Staates, sie unterstützen und fördern die Entwicklung der heutigen imperialistischen Wirtschaft. Sie sind die feste Stütze der Koalitionsregierung, die nichts anderes ist als die geistliche Führung der Finanz- und Trustbourgeoisie.

Es ist ihnen gelungen, trotz der heftigen Gegenwehr der hinter den Kampfleitungen stehenden Massen einen Teil der kämpfenden zu verwirren, die Kampffront der Metallarbeiter zu zerbrechen und sie den Metallindustriellen auszuliefern.

Sie haben damit die geschlossene Weiterführung des Kampfes um die Durchsetzung der ursprünglichen von dem Metallarbeiterverband aufgestellten Forderungen verhindert.

Denn diese Forderungen können nicht durchgesetzt werden durch den Kampf von nur einigen Belegschaften oder Teilen von Belegschaften, sondern nur als vollkommene Einheitsfront und Geschlossenheit der Metallarbeiterschaft.

Angeichts dieser Lage fordert auch die Kampfleitung auf, geschlossen in die Betriebe zurückzukehren. Wohl seid ihr ver-

raten, aber nicht geschlagen. Ohne Unterbrechung müßt ihr jetzt mit größter Energie und Geschlossenheit innerhalb der Betriebe im engsten Kontakt der Belegschaften untereinander den Kampf weiter führen um die Erhöhung der Löhne, um die Verflüchtigung der Arbeitszeit.

Der Kampf wird nicht ohne Erfolg sein, wenn die Metallarbeiter, wenn die Gesamtheit der deutschen Arbeiterschaft aus den Erfahrungen des Ruhrkampfes die notwendigen Lehren zieht. Die wichtigsten Lehren sind:

Kein Vertrauen den sozialdemokratischen und christlichen Verrätern in Betrieb und Gewerkschaft! Kein Vertrauen gegenüber der sozialdemokratisch-kapitalistischen Koalitionsregierung! Kein Vertrauen zu den sozialdemokratischen und christlichen Ministern, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten usw. Keine Illusion über den Wert des Schlichtungswesens! Hinein in die kommunistische Partei!

Ihr jungen Metallarbeiter, hinein in den kommunistischen Jugendverband!

Hinein in den Deutschen Metallarbeiterverband!

Kämpft dort an der Spitze der revolutionären Opposition! Hinein in die Internationale Arbeiterhilfe! Organisiert die revolutionäre Arbeiterfront in den Betrieben und Gewerkschaften!

Bei den kommenden Neuwahlen der Gewerkschaftsfunktionäre keine Stimme einem der sozialdemokratischen Verräter!

Bei den kommenden Betriebsrätewahlen hinweg mit allen den Gestalten, die sich als Arbeiterfeinde und Vertraute des Ministers Sewering erweisen!

Nieder mit der verräterischen Verbandsbureaucratie!

Nieder mit dem arbeiterscheißerischen Schlichtungswesen!

Nieder mit der sozialdemokratisch-kapitalistischen Koalitionsregierung!

Nieder mit den Trustkapitalisten, den Kriegstreibern und den Trägern der Kriegszustellungen! Es lebe der Kampf um 15 Pf. Lohn-erhöhung, den Zwölftundentag und dreigeteilte Schicht bei vollem Lohnausgleich!

Es lebe die einheitsliche Front der kämpfenden Metallarbeiter unter revolutionärer Führung!

Wir sind nicht geschlagen — wir kommen mit verstärkter Kraft wieder!

Die zentrale Kampfleitung.